

Hinte, Holger; Rinne, Ulf; Zimmermann, Klaus F.

Working Paper

Flüchtlinge in Deutschland: Realismus statt Illusionen

IZA Standpunkte, No. 83

Provided in Cooperation with:

IZA – Institute of Labor Economics

Suggested Citation: Hinte, Holger; Rinne, Ulf; Zimmermann, Klaus F. (2015) : Flüchtlinge in Deutschland: Realismus statt Illusionen, IZA Standpunkte, No. 83, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA), Bonn

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/121277>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

IZA Standpunkte Nr. 83

Flüchtlinge in Deutschland: Realismus statt Illusionen

Holger Hinte
Ulf Rinne
Klaus F. Zimmermann

September 2015

Flüchtlinge in Deutschland: Realismus statt Illusionen

Holger Hinte

IZA

Ulf Rinne

IZA

Klaus F. Zimmermann

IZA und Universität Bonn

**IZA Standpunkte Nr. 83
September 2015**

IZA

Postfach 7240
53072 Bonn

Tel.: (0228) 3894-0
Fax: (0228) 3894-180
E-Mail: iza@iza.org

Die Schriftenreihe „IZA Standpunkte“ veröffentlicht politikrelevante Forschungsarbeiten und Diskussionsbeiträge von IZA-Wissenschaftlern, Fellows und Affiliates in deutscher Sprache. Die Autoren sind für den Inhalt der publizierten Arbeiten verantwortlich. Im Interesse einer einheitlichen Textzirkulation werden Aktualisierungen einmal publizierter Arbeiten nicht an dieser Stelle vorgenommen, sondern sind gegebenenfalls nur über die Autoren selbst erhältlich.

Das IZA ist ein privates, unabhängiges Wirtschaftsforschungsinstitut, das als gemeinnützige GmbH durch die Deutsche Post-Stiftung gefördert wird. Zentrale Tätigkeitsfelder sind die intensive Forschungstätigkeit auf allen Gebieten der Arbeitsökonomie und die darauf gründende evidenzbasierte Politikberatung zu Arbeitsmarktfragen. Die Mitglieder des weltweiten IZA-Forschernetzwerks sind den „IZA Guiding Principles of Research Integrity“ verpflichtet.

ZUSAMMENFASSUNG

Flüchtlinge in Deutschland: Realismus statt Illusionen

Die große Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern, die aktuell nach Deutschland einreisen, stellt eine erhebliche organisatorische, aber auch gesellschaftspolitische Herausforderung dar. Es ist notwendig, eine sachgerechte Debatte um die bestmögliche Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt zu führen. Die Integration der neuen Flüchtlinge sollte dabei nicht als „Belastung“, sondern als Zukunftsinvestition verstanden und kommuniziert werden.

Der vorliegende Beitrag erläutert unter anderem, wie schon bei der Erstaufnahme im Rahmen gezielterer Datenerhebung und beschleunigter Verfahren für qualifizierte Flüchtlinge deren Integration vorangetrieben werden kann. Die Kommunen bedürfen hierzu weit umfassenderer Unterstützung als bislang. Es wäre allerdings eine Illusion anzunehmen, mit dem hohen Flüchtlingsaufkommen lasse sich der immer deutlicher werdende Fachkräftemangel in Deutschland beheben. Hierzu ist unverändert eine Reform der deutschen Zuwanderungspolitik mit dem Ziel erforderlich, ein Auswahlssystem für qualifizierte Zuwanderer zu etablieren. Ein solches System sollte allerdings auch Flüchtlingen im Sinne eines Statuswechsels offenstehen. Darüber hinaus sollten Deutschland und Europa durch konkrete Angebote zur zirkulären, zeitlichen befristeten Ausbildungs- und Arbeitsmigration Alternativen zur legalen Einreise schaffen.

JEL-Codes: F22, J21, J61, K37, O15

Schlagworte: Flüchtlinge, Asylrecht, Zuwanderungspolitik, Einwanderungsgesetz, Fachkräftemangel, demografischer Wandel

Kontaktadresse:

Klaus F. Zimmermann
IZA
Postfach 7240
D-53072 Bonn
E-mail: zimmermann@iza.org

Einleitung

Die schwerwiegenden Folgen von Krieg, Bürgerkrieg und Terror im Nahen Osten haben inzwischen auch Deutschland erreicht. Gleichzeitig haben auch die Fluchtbewegungen aus einzelnen Regionen Afrikas stark zugenommen. Zu lange Zeit hat die Politik darauf gesetzt, die aktuellen Fluchtbewegungen würden Deutschland nicht stark treffen. Dabei häuften sich schon früh die Anzeichen an Überforderung, etwa in den Mittelmeerstaaten Griechenland und Italien. Auch die im Vergleich noch weit problematischere Lage in den Hauptaufnahmeländern von Flüchtlingen in der Krisenregion selbst – insbesondere im Libanon, aber auch in der Türkei – hat auf europäischer Ebene wenig zielgerichtetes Handeln ausgelöst. Vorbereitungen auf die Aufnahme einer größeren Zahl von Flüchtlingen in Europa und Deutschland wurden nicht systematisch getroffen, die Bevölkerung wurde nicht entsprechend auf eine solche Situation vorbereitet. Stattdessen wurde ein tiefer Riss in Europasichtbar, wenn es um die Art und Weise der Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU geht. Europäische Solidarität gerät in einem weiteren Politikfeld in Bedrängnis.

Umso bemerkenswerter ist das große Ausmaß an Unterstützung, das die Aufnahme von mehreren Zehntausend Flüchtlingen im Herbst 2015 aus der deutschen Öffentlichkeit erfahren hat. Diese positive Reaktion bietet für Deutschland eine große Chance: Wenn es gelingt, die Zustimmung der Bevölkerung in ein neues Gesamtkonzept für Asyl und Migration umzumünzen, das humanitären wie auch ökonomischen Prinzipien folgt und Wanderungswilligen transparente und zugleich limitierte Angebote macht, wäre für die Gesellschaft viel erreicht. Denn gerade Deutschland steht in den kommenden Jahren vor erheblichen demografischen Veränderungen und sieht sich mit einem wachsenden Mangel an Arbeitskräften und Auszubildenden in vielen Segmenten seines Arbeitsmarktes konfrontiert.

Naturgemäß können die Bereiche der Schutzgewährung gegenüber Flüchtlingen und die Anerkennung von Asylgründen nicht mit dem Interesse Deutschlands an einer gezielten Zuwanderung von Fachkräften vermengt werden. Es ist jedoch legitim, im Rahmen der Flüchtlingspolitik auch nach Wegen zu suchen, wie Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge weit gezielter und konsequenter als bislang entsprechend ihrer Qualifikation innerhalb Deutschlands verteilt und soweit möglich zügig in Beschäftigung oder Ausbildung gebracht werden können. Flüchtlinge in diesem Sinne nicht nur als „Belastung“, sondern auch als „Zukunftsinvestition“ zu begreifen, wird eine der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben der nächsten Zeit sein.

Die zufällige Zusammensetzung der Flüchtlingsgruppen im erwerbsfähigen Alter bietet allerdings keinerlei Gewähr, dass sie sofort – oder überhaupt – beschäftigungsfähig sind. Hier kommen auf Politik und Wirtschaft, aber auch auf die gesellschaftlichen Akteure, deshalb neue Aufgaben hinsichtlich Profiling, Spracherwerb und Qualifizierung zu. Das Ziel muss sein, denjenigen Flüchtlingen, die von Beginn an eine hohe Bleibe- bzw. Anerkennungswahrscheinlichkeit mitbringen, den Start in Deutschland zu erleichtern. Für minderjährige Flüchtlinge gilt im übertragenen Sinne das Gleiche, doch hier ist im Rahmen von Schulbesuch und alltäglicher Integration unter Gleichaltrigen der Integrationserfolg von vornherein hoch zu veranschlagen.

Deutschland sieht sich mit diesen Aufgaben in einer Zeit wirtschaftlicher Stärke konfrontiert, anders als viele europäische Nachbarländer, deren Zögerlichkeit bei der Flüchtlingsaufnahme teils auch auf die eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Arbeitsmarktprobleme zurückgeführt werden kann. Für Deutschland ist dagegen die Konstellation für eine Neuorientierung seiner Flüchtlings- und Migrationspolitik günstiger denn je. Allerdings darf sich das Land auch nicht überfordern, schon um die erkennbare Bereitschaft zu einer Neuorientierung nicht zu gefährden.

Die zu erwartenden, erheblichen Kosten für die Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung, für zusätzlichen Wohnungsbau, Sprach- und Bildungsprogramme, aber auch für Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, werden die Etats von Bund und Ländern letztlich nur moderat belasten. Viele der jetzt erforderlichen Investitionen – etwa im Wohnungsbau – holen vor allem Versäumtes nach und sind nicht allein der Flüchtlingsaufnahme zuzurechnen. Investitionen in die Integration und Qualifikation werden sich zugleich langfristig auszahlen.¹

Für die hochverschuldeten Kommunen, die vielfach bereits ihre Kapazitäten für die Unterbringung von Flüchtlingen ausgeschöpft haben, wird allerdings eine weitreichendere, flexiblere und zugleich nachhaltigere Unterstützung erforderlich werden, als zur

¹ Wiederholt haben mit der Methodik der Generationenbilanzierung erstellte Studien gezeigt, dass der Saldo aus den von Migranten bezogenen Sozialtransfers und den von ihnen entrichteten Steuern und Sozialbeiträgen langfristig klar positiv ausfällt (vgl. u.a. Bonin, 2014 und Bonin, 2015). Dabei sind prinzipiell alle Kosten, also auch diejenigen der Flüchtlingsaufnahme, mit eingerechnet. Kurzfristig wird dieser positive Saldo aufgrund des Umfangs des Flüchtlingszuzugs abnehmen. Zugleich hätte Deutschland die Möglichkeit, diesen fiskalischen Überschuss mit dem Instrumentarium einer auswählenden Zuwanderungspolitik wie auch einer die Flüchtlinge rascher in Beschäftigung bringenden Asylpolitik noch zu vergrößern.

Zeit vorgesehen. Denn in den Kommunen werden in Form von Unterbringung, Unterstützung und Integration die Weichen für die gesellschaftliche Akzeptanz und den wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg von Flüchtlingen gestellt.

Unbestritten birgt das Ausmaß der Flüchtlingsaufnahme auch soziale Sprengkraft. Planungs- und Kommunikationsfehler bei der Verteilung von Flüchtlingen in Deutschland und Europa können latente Ausländerfeindlichkeit schüren und populistischen Gruppierungen Auftrieb geben. Mangelnde europäische Solidarität kann letztlich zu einem „Umkippen“ der Stimmung auch in Deutschland führen. Der gegenwärtig praktizierte Weg einer Aussetzung der europäischen Grundprinzipien von Offenheit und Freizügigkeit durch die – vorübergehende – Wiedereinführung von Grenzkontrollen erhöht zudem die Gefahr einer Verhärtung von widerstreitenden nationalen Interessen und könnte Europa noch weiter auseinanderdriften lassen als es im Umfeld der Euro- und Griechenlandkrise ohnehin schon geschehen ist.

Ob Deutschland in diesem Jahr letztlich mehr oder weniger als die zwischenzeitlich geschätzten 800.000 Flüchtlingen aufnehmen wird (vgl. BAMF, 2015a), bleibt spekulativ. Jenseits aller Fragen einer faireren Verteilung in Europa wird sich Deutschland angesichts der akuten Krisenlage im Mittleren Osten aber aller Voraussicht nach auch längerfristig auf eine größere Anzahl von Flüchtlingen einstellen müssen. Auch Fluchtursachen wie Klimawandel, Wasserknappheit und Hunger könnten in Zukunft verstärkt bis nach Europa spürbar werden. Proaktive Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit werden immer wichtiger, doch können sie nur langfristige Erfolge hervorbringen.

Von der EU wird Deutschland kurzfristig, wie die aktuellen Erfahrungen zeigen, wohl keine substanzielle Entlastung zu erwarten haben. Umso wichtiger ist es, in einer gemeinsamen Anstrengung von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Medien und Wissenschaft die Organisation der Flüchtlingsverfahren zu modernisieren, die Migration von Arbeitskräften begleitend neu zu regeln und Vorbehalten in der Bevölkerung gezielt zu begegnen. Dies erfordert nicht nur raschere Asylverfahren und deren Fokussierung auf tatsächliche verfolgte Personengruppen, sondern erst recht größere Anstrengungen zur Integration von Flüchtlingen in Arbeitsmarkt und Gesellschaft.² Vor diesem Hintergrund sucht der vorliegende Beitrag Antworten auf drängende Fragen, die in der öffentlichen Debatte zunehmend in den Fokus rücken.

² Vgl. Rinne und Zimmermann (2015) für eine Einschätzung der neuen Herausforderungen an die deutsche und europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Bessere Informationen über Flüchtlinge als Basis einer besseren Integration?

Die derzeitigen Flüchtlingsströme kommen vor allem aus Ländern im Nahen und Mittleren Osten, aber auch aus der Balkanregion. Im ersten Halbjahr 2015 wurden die meisten Asylanträge von Menschen aus Syrien, Kosovo, Albanien, Serbien und dem Irak gestellt (vgl. BAMF, 2015b). Es finden sich aber auch einige Länder Afrikas unter den wichtigsten Herkunftsländern. Zuletzt war die Zahl der Asylbewerber aus Staaten des Westbalkans rückläufig; der überwiegende Teil der Antragssteller stammt aktuell aus Kriegs- und Krisengebieten in Syrien, Afghanistan und dem Irak (vgl. Pro Asyl, 2015).

Relativ verlässliche Aussagen lassen sich derzeit nur bezüglich des Geschlechts und der Altersstruktur der Flüchtlinge treffen (vgl. Bertelsmann Stiftung, 2015 und IAB, 2015). Daten zu den Asylbewerbern aus den Jahren 2013 und 2014 zeigen, dass diese zu etwa zwei Dritteln männlich und eher jung sind (rund. 90% sind jünger als 40 Jahre, etwa ein Drittel ist jünger als 18 Jahre). Dagegen sind die Angaben zur Qualifikationsstruktur der Flüchtlinge als unzureichend und rudimentär zu bezeichnen. Sie beziehen sich zudem vor allem auf Asylbewerber und Flüchtlinge, die sich schon einen längeren Zeitraum in Deutschland aufhalten und bereits eine Aufenthaltserlaubnis bzw. -gestattung erhalten haben (vgl. Lawaetz-Stiftung, 2014 und IAB, 2015).

Diese vorliegenden Daten lassen auf eine sehr heterogene Qualifikationsstruktur der Flüchtlinge schließen. So dürfte einerseits die große Mehrheit eine Schule besucht haben (knapp 90%) und gut jeder zehnte Flüchtling dürfte ein abgeschlossenes Hochschulstudium vorweisen können (ca. 13%), aber andererseits dürfte mehr als die Hälfte über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen (ca. 58%). Zudem sind sehr häufig keine Zeugnisse und Zertifikate vorhanden und deutsche Sprachkenntnisse sind eher schlecht.³ Inwieweit diese Daten auch für die aktuell einreisenden Flüchtlinge einen Anhaltspunkt darstellen können, bleibt ungewiss. Der hohe Anteil von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Bildungsland Syrien könnte dafür sprechen, dass das durchschnittliche Qualifikationsniveau der aktuellen Flüchtlingskohorten höher veranschlagt werden kann.

Eine sachgerechte und evidenzbasierte Debatte kann jedoch nicht auf der Grundlage von Mutmaßungen geführt werden. Es ist dringend erforderlich, die Datenerfassung

³ Nach einer Auswertung der Lawaetz-Stiftung (2014) liegen z.B. nur in 20% der Fälle Zeugnisse vor, wenn eine berufliche Ausbildung im Herkunftsland stattgefunden hat.

inhaltlich und organisatorisch zu reformieren. Dazu sollte auch die Kompetenz und Profiling-Erfahrung der Bundesagentur für Arbeit herangezogen werden.

Denn über die genauen Profile der Flüchtlinge ist bislang zu wenig bekannt. Eine repräsentative empirische Datenbasis zu den derzeit ankommenden Flüchtlingen ist de facto nicht existent; auch über frühere Flüchtlingskohorten und ihre individuellen Merkmale liegen keine umfassenden Daten vor. Es ist deshalb zentral, zum frühestmöglichen Zeitpunkt – idealerweise schon bei der Erstaufnahme – genaue Informationen über die Profile der Flüchtlinge zu erfassen. Über die asylverfahrensrelevante Datenerhebung zu Herkunft und Fluchtgründen hinaus müssen, sofern möglich, unmittelbar auch bereits Qualifikationen und berufliche Fähigkeiten abgefragt werden. Nur auf diese Weise können frühzeitig Entscheidungen mit Blick auf die weitere Integration der Flüchtlinge getroffen werden.

Kommen etwa erstinstanzlich für plausibel erachtete Fluchtmotive und ein Nachweis von Bildungsgraden zusammen, muss ein „beschleunigtes Verfahren“ mit dem Ziel ermöglicht werden, rasch passgenaue Angebote etwa zum Spracherwerb bereitzustellen, Sperrfristen für den Arbeitsmarktzugang aufzuheben oder sogar konkrete Beschäftigungs- oder Praktika-Angebote in Kooperation mit den örtlichen Unternehmen bereitzustellen. Zwar können bislang sehr viele Flüchtlinge keine aussagekräftigen Dokumente zu ihrer Qualifikation und ihrem beruflichen Werdegang vorlegen. Die Information über die Aussicht auf ein beschleunigtes Verfahren könnte daran allerdings mittelfristig etwas ändern. Auch die Flucht vor Verfolgung ist nicht immer eine spontane, sondern eine geplante Entscheidung. Die Aussicht auf ein womöglich beschleunigtes Asylanerkennungsverfahren könnte einen Beitrag dazu leisten, dass Flüchtlinge entsprechende Dokumente vor ihrer Flucht – etwa in digitalisierter Form – archivieren, so dass sie im Asylverfahren zugänglich sein könnten.

Das grundgesetzlich garantierte Asylrecht würde nicht dadurch in Frage gestellt, dass Bewerber mit besserer Datengrundlage beschleunigt behandelt werden. Im Gegenteil: Mit der hier vorgeschlagenen Beschleunigung für besonders arbeitsmarktrelevante Flüchtlinge würden die Asylverfahren für andere Personengruppen mit noch größerer Sorgfalt und Einzelfallgerechtigkeit geführt werden können.

Mit besseren, öffentlich gemachten Informationen kann zugleich verbreiteten Vorbehalten in Teilen der Bevölkerung entgegen getreten werden.

Wirken Flüchtlinge dem Fachkräftemangel entgegen?

Es ist eine Illusion, dass die momentanen Flüchtlingsströme den Fachkräftemangel in Deutschland „auf einen Schlag“ beheben werden. Auch wenn wie gerade dargelegt zu wenig über die Qualifikationsstruktur der derzeitigen Flüchtlinge bekannt ist, bleibt es letztlich nur dem Zufall überlassen, inwieweit ihre Profile den Bedarfslagen des deutschen Arbeitsmarktes entsprechen. Das Asylrecht gestattet per se keine Auswahl nach Arbeitsmarkteignung.

Wie stark das Qualifikationspotenzial von Flüchtlingen dazu beitragen kann, auftretende Engpässe in Ausbildung und Beschäftigung auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu verringern, hängt neben dem Zufall deshalb entscheidend davon ab, wie gut es gelingt, diese Potenziale zu identifizieren, zu fördern und rasch zu integrieren. Das oben genannte Instrument des Profiling kann sich an dieser Stelle bewähren und wäre eine überfällige Ergänzung der Asylverfahren.

Der Blick in die Vergangenheit zeigt, dass sich der Kontakt von Flüchtlingen und Asylsuchenden mit dem deutschen Arbeitsmarkt vorwiegend entweder in Gestalt von Aushilfstätigkeiten oder in Branchen mit einem relativ hohen Anteil „atypischer“ – oder besser flexibler – Beschäftigung vollzieht (vgl. Laweatz-Stiftung, 2014 und Zimmermann, 2015). Dies ist nicht zuletzt auf die rechtlichen Zugangsbarrieren etwa in Form von Bevorrechtigungsprüfungen oder den häufig ungesicherten Status von Asylsuchenden im (langwierigen) Verfahren zurückzuführen. Kurzfristig muss deshalb davon ausgegangen werden, dass auch die Beschäftigungsquote der in den letzten Monaten eingereisten Flüchtlinge und Asylbewerber zunächst relativ gering ausfallen wird, sofern hier nicht gezielte Aktivierungsmaßnahmen greifen, in die sich auch die Unternehmen aktiver einbringen. Eine Auswertung nach den vorwiegenden Herkunftsländern für früher eingereiste Flüchtlinge deutet auf eine Quote von etwa 30% hin (vgl. IAB, 2015). Auch nach einer anderen Auswertung machten nur knapp 40% der früheren Flüchtlinge berufliche Erfahrungen in Deutschland (vgl. Laweatz-Stiftung, 2014).

Vor diesem Hintergrund ist kurzfristig auch ein geringfügiger Anstieg der Arbeitslosenquote als Effekt der jüngsten Flüchtlingsströme zu erwarten. Anders als noch in früheren Berechnungen angenommen, könnte diese Zunahme angesichts nach oben korrigierter Prognosen mehr als 0,15 Prozentpunkte betragen (vgl. IAB, 2015).

Diesen kurzfristigen, tendenziell eher negativen Effekten können positive mittel- bis langfristige Wirkungen folgen: Der unerwartet starke Zuzug junger Menschen kann in

der Tat dazu beitragen, die Folgen des demografischen Wandels in Deutschland geringfügig zu lindern – sofern es gelingt, die Flüchtlinge zu einem Großteil erfolgreich in Ausbildung und Beschäftigung zu bringen. Darüber hinaus kann mit einer (qualitativ wie quantitativ) steuernden Migrationspolitik der Versuch unternommen werden, durch begrenzte Zuwanderung die Folgen der demografischen Schrumpfungsprozesse für Arbeitsmärkte und soziale Sicherungssysteme teilweise aufzufangen.

Wie gelingt die erfolgreiche Integration der Flüchtlinge?

Die Integrationsfähigkeit von Einwanderern hängt grundsätzlich sehr stark von der Motivlage der Zuwanderung ab (vgl. Aydemir, 2014; Constant und Zimmermann, 2005). So sind Arbeitsmigranten typischerweise schneller integrierbar als Flüchtlinge – diese aber wiederum gliedern sich in der Regel im Falle ihrer Anerkennung besonders erfolgreich ein. Wissenschaftliche Untersuchungen erklären dies mit der überdurchschnittlich hohen Motivation von Flüchtlingen, sich in der neuen Heimat eine gesicherte Existenz aufzubauen. Am Beispiel der Vereinigten Staaten zeigt sich, dass die Arbeitsmarkterfolge von Flüchtlingen nach gewisser Zeit sogar diejenigen von „klassischen“ Arbeitsmigranten übertreffen können (vgl. Cortes, 2004).

Um eine erfolgreichere Integration der Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt und die Gesellschaft zu erreichen, müssen vor allem in drei Bereichen erhebliche Fortschritte erzielt werden: (1) Dauer der Asylverfahren, (2) Qualifikationsfeststellung und (3) Sprachförderung.

Die Dauer der Asylverfahren hängt wesentlich davon ab, inwieweit von vornherein aussichtslose Bewerbungen weiter verfolgt und geprüft werden und zugleich besonders „vielversprechende“ Bewerbungen im Sinne einer hohen Arbeitsmarkteignung nicht beschleunigt bearbeitet werden. In beiderlei Hinsicht müssen die Asylverfahren dringend reformiert werden. Der Aufwand für die Prüfung aussichtsloser Asylanträge muss im Interesse der einzelfallgerechten und vor allem zügigen Bearbeitung und „Profilbildung“ aussichtsreicher Bewerbungen reduziert werden. Die politischen Bemühungen zur Effizienzsteigerung der Verfahren sind auch aus ökonomischer Sicht zu unterstützen.

Nicht nur aus arbeitsmarkt-, sondern auch aus gesellschaftspolitischer Sicht muss das Instrument der Qualifikationsfeststellung künftig eine zentrale Rolle bei der Datenerhebung zu neu eintreffenden Flüchtlingen einnehmen. Denn nur auf dieser Grundlage lassen sich etwaige Integrationshemmnisse identifizieren und passgenaue Angebote

und Kurse bereitstellen. Vor diesem Hintergrund erscheint es überdies naheliegend, die Bundesagentur für Arbeit (BA) mit ihren umfassenden Kompetenzen im Arbeitsmarkt-Profilung stärker in die Verfahrensabläufe einzubinden. Es liegt im Interesse von Arbeitsmarkt und Flüchtlingen, dass an dieser Stelle rasch und kompetent nach Optionen gefahndet wird, Flüchtlinge bereits in einer frühen Phase ihres Aufenthalts in Deutschland an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Die Bundesagentur für Arbeit könnte diese Profilbildung leisten und zugleich den Kontakt zu Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmen herstellen.

Ohnehin sollten sich, die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen vorausgesetzt, die deutschen Unternehmen über viele Einzelinitiativen hinaus noch umfassender und konzertiert für die Integration von Flüchtlingen engagieren. Sie müssen ein eigenes Interesse daran haben, aus dem Reservoir von Flüchtlingen womöglich neue Auszubildende oder Beschäftigte zu gewinnen. Ihr konkreter Beitrag kann z.B. für jüngere Flüchtlinge in der Bereitstellung oder Mitfinanzierung von Sprachkursen oder Praktikumsplätzen zur Anbahnung von Ausbildung oder Beschäftigung bestehen. Im Umkehrschluss müssen die Unternehmen darauf vertrauen können, dass ihnen bei konkretem Beschäftigungsinteresse unbürokratisch Wege eröffnet werden, Flüchtlinge zu Mitarbeitern zu machen.

Der ausreichende Spracherwerb von Flüchtlingen als Einstieg in die Integration setzt neben der systematischen Bedarfserfassung zu Beginn eines Asylverfahrens den Aufbau von entsprechenden Strukturen voraus. Auch andere Migrantengruppen sind nicht selten mit defizitären Sprachkursangeboten konfrontiert. Da ein flächendeckend ausreichendes Angebot Zeit benötigt, sollte der Spracherwerb stärker als gemeinschaftliche Aufgabe kommuniziert werden. Vereine, Kirchen und Ehrenamtliche können hier gezielt eingebunden werden.

Generell ist zu fragen, wie vorhandene Kapazitäten zur Integration besser genutzt werden können. Dabei geht es nicht nur allgemein um eine bessere Verzahnung der Flüchtlingsarbeit mit ehrenamtlichem Engagement und der Vereinsarbeit in Deutschland, sondern auch um die Einbindung von Organisationen der „Diaspora“. Gerade die muslimischen Verbände und Vereine können noch weit aktiver an der Betreuungs- und Integrationsarbeit mitwirken.

Dabei gilt auch für Flüchtlinge: Eine erfolgreiche Integration lässt sich nicht einfach mit einer Assimilation der Zuwanderer gleichsetzen. Im Gegenteil: Wenn Zuwanderer ihre Talente und Kompetenzen, die sie mitbringen, in unsere Gesellschaft und Wirtschaft einbringen können, dann ist das ebenfalls als erfolgreiche Integration zu bezeichnen

(vgl. Rinne et al., 2011). Denn in ihrer Unterschiedlichkeit liegt die wahre Stärke von Zuwanderern. Wenn sich die verschiedenen Lebensperspektiven und Fähigkeiten von Einheimischen und Zuwanderern auf der Basis der verbindlichen Werte und Regeln Deutschlands ergänzen, kommt es nicht nur zu einer größeren Vielfalt im Alltag – auch die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft nimmt dann zu. Größere Anstrengungen zur Integration von Flüchtlingen zahlen sich aus.

Nehmen uns Flüchtlinge die Arbeitsplätze weg?

Es gibt keine überzeugenden Belege für tatsächliche „Verdrängungseffekte“ von Zuwanderung auf dem Arbeitsmarkt. Zu dieser Frage liegt inzwischen eine große Anzahl von empirischen Studien vor, die mehrheitlich entweder keine Effekte feststellen (insbesondere kurzfristig) oder positive Effekte von Zuwanderung auf die Arbeitsmarktergebnisse der einheimischen Bevölkerung nachweisen (vor allem mittel- bis langfristig; vgl. den Überblick in Constant, 2014).

Wie kommen diese Ergebnisse zustande? Zunächst sollte klar sein, dass die Zahl der Arbeitsplätze in einer Volkswirtschaft keine unveränderliche Konstante ist. Zuwanderer tragen jedoch aus vielen Gründen dazu bei, die Gesamtzahl der Arbeitsplätze in einem Land zu erhöhen. Zu diesen Gründen zählen unter anderem die höhere Gründertätigkeit von Migranten, die Steigerung der Kaufkraft und Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen sowie eine insgesamt gesteigerte gesellschaftliche Innovation.

Auch die möglichen Effekten von Zuwanderung auf das Lohnniveau der einheimischen Bevölkerung wurden wiederholt untersucht (vgl. zuletzt u. a. Peri, 2014). Sie fallen kurzfristig äußerst gering aus oder sind praktisch gleich Null. Neuere Studien, die einen längeren Zeithorizont analysieren, ermitteln sogar mehrheitlich positive Effekte von Zuwanderung auf das Lohnniveau der einheimischen Bevölkerung. Diese positiven Effekte resultieren vor allem aus expandierenden Firmen und einer gesteigerten Innovationskraft als Folge der Zuwanderung.

Sind diese Resultate auch auf die Zuwanderung von Flüchtlingen übertragbar? Dies mag fraglich erscheinen, da die Qualifikationsstruktur von Flüchtlingen eher heterogen ist und der Anteil geringqualifizierter Personen tendenziell hoch ausfällt. Empirisch zeigt sich jedoch, dass auch der Zuzug von Flüchtlingen positive Effekte auf die Beschäftigung und das Lohnniveau im Aufnahmeland haben kann – allein schon durch die Nachfrageeffekte, die dies auslösen kann.

Exemplarisch verdeutlicht dies eine Untersuchung der massiven Einwanderung von Flüchtlingen nach Dänemark in den Jahren von 1990 bis 2008 (vgl. Foged und Peri, 2015). Darin zeigt sich, dass Einheimische als Folge der Flüchtlingswelle beruflich verbesserte und anschließend komplexere Tätigkeiten ausübten.⁴ Dieser Befund wird damit erklärt, dass Flüchtlinge vor allem aufgrund von Sprachproblemen zumindest anfangs fast ausschließlich in Berufe mit einfacheren und handwerklichen Tätigkeitsprofilen drängten. Im Ergebnis resultieren auf diese Weise durch die Zuwanderung von Flüchtlingen auch positive Lohneffekte für Einheimische, die (ursprünglich) geringer entlohnte Tätigkeiten ausüben – ohne dass sich ihr Arbeitslosigkeitsrisiko erhöht.

Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt lassen sich also nicht belegen. Im Gegenteil: Dort wirkt sich Zuwanderung regelmäßig positiv auf die Beschäftigung und das Lohnniveau von Einheimischen aus. Allerdings können die Auswirkungen massiver Einwanderungswellen zumindest kurzfristig auf anderen Märkten spürbar sein. Dies gilt insbesondere für den Wohnungsmarkt, sofern dort Knappheit herrscht. Deshalb ist eine erneute Intensivierung des Baus preiswerter Wohnungen – von der nicht allein Flüchtlinge begünstigt wären – eine wichtige staatliche Aufgabe, für die die entsprechenden Mittel einzuplanen sind.

Wie kann die Flüchtlingsproblematik entschärft werden?

Die Ursachen von Flucht und Vertreibung können in den Herkunftsländern durch eine vorausschauende Entwicklungspolitik und durch eine Stärkung der dortigen Wirtschaft und der Arbeitsmärkte bekämpft werden. Allerdings sind hier keine kurz- und mittelfristigen, sondern allenfalls langfristige Erfolge realistisch, und es kann auch nicht das Ziel sein, Migration insgesamt zu bekämpfen. Denn im weltweiten Maßstab führt Arbeitskräftemobilität zu einer besseren Verteilung von Ressourcen und zu einem Abbau von Ungleichgewichten. Vor diesem Hintergrund gibt es innerhalb Europas auch weiterhin nicht zu viel, sondern zu wenig Migration (vgl. u.a. Zimmermann, 2014).

Es muss deshalb dringend über alternative legale Wege nachgedacht werden, auf denen potenzielle Flüchtlinge für befristete Zeit nach Europa kommen können, um dort zu arbeiten oder eine Ausbildung zu absolvieren. Ein solcher Weg kann z.B. auch über

⁴ Dies war im Übrigen auch eine Konsequenz der „Gastarbeiter“-Zuwanderung nach Deutschland in den 1960er Jahren.

bilaterale Abkommen besprochen werden. Darin könnte unter anderem vereinbart werden, dass offene Ausbildungsplätze mit jungen Leuten aus den Herkunftsländern besetzt werden können und diese Möglichkeit dort beworben wird.

Ebenso dringend erscheint eine verstärkte Kooperation der Europäischen Union mit den Mittelmeeranrainern in Nordafrika und im Nahen Osten. Dort die wirtschaftlichen Verhältnisse durch engere Handelsbeziehungen mit der EU deutlich zu verbessern, wäre ein wichtiger Beitrag zur Entschärfung von Flüchtlingskrisen. Eine solche vorausschauende Politik lässt die EU bislang fast völlig vermissen.

Auch im Zusammenhang einer „Mittelmeer-Union“ wären Angebote zu einer zirkulären Migration von jungen Menschen wertvoll und eine sinnvolle Ergänzung zu anderen migrationspolitischen Optionen. Wanderungsbewegungen vollziehen sich heute in immer variantenreicheren Formen. Einmal nach Europa oder Deutschland eingereiste Zuwanderer bleiben nicht „zwangsläufig“ dauerhaft dort. Sie nutzen möglicherweise schon bald attraktivere Offerten anderer Einwanderungsländer oder streben einen häufigeren Wechsel zwischen verschiedenen Weltregionen an. Globalisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt werden das Bedürfnis nach flexibler Migration sowohl bei Wanderungswilligen selbst als auch bei den Unternehmen noch steigern.

Zirkuläre, befristete Migration kann an dieser Stelle ein Scharnier bilden und auch für Personen eine Alternative darstellen, die sich sonst in Ermangelung anderer Möglichkeiten als Flüchtlinge auf den Weg nach Europa machen. Wenn in Form transparenter, legaler Zuwanderungsangebote eine Chance besteht, in Europa eine Zukunftsperspektive aufzubauen, würde das dazu beitragen, das Flüchtlingsaufkommen zu reduzieren.

Zirkuläre Migration wäre auch ein Beitrag zur wirtschaftlichen Stärkung von Entwicklungsländern. Die im Verlauf befristeter Aufenthalte als Auszubildende oder Beschäftigte erworbenen Qualifikationen können im Anschluss im Herkunftsland zum Einsatz kommen. Zu einem späteren Zeitpunkt wäre eine erneute befristete Einreise nach Europa möglich.

Allerdings hat die Entwicklung besserer wirtschaftlicher Perspektiven in den Hauptherkunftsländern von Flüchtlingen auch einen anderen Effekt: Wirtschaftliche Entwicklung und bessere Bildung schaffen häufig erst die Ressourcen, die Wanderungsbewegungen ermöglichen. Entwicklungspolitik trägt somit nicht nur dazu bei, die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen, sondern sie ermöglicht umgekehrt oft auch erst eine Migration. Gleichzeitig zählen sowohl Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einzelner Länder als auch unterschiedliche Lebensstandards zu den

Hauptmotiven von Migranten. Entwicklungspolitik nimmt somit eine zentrale und sehr ambivalente Rolle bei der „Regulierung“ von Migration ein. Dass Migration andererseits in Form von Finanztransfers der Emigranten in ihr Herkunftsland und durch Innovationsanstöße aus der Diaspora selbst einen Beitrag zur Entwicklung leistet, ist wiederholt analysiert worden (vgl. u.a. Plaza, 2013).

Schließlich steht außer Frage, dass zur (kurzfristigen) Entschärfung der Flüchtlingsproblematik auch ein sehr viel höheres Maß an internationaler Solidarität erforderlich ist. Erste Schritte müssen in einer angemessenen, über Europa letztlich hinausreichenden Verteilung der Flüchtlinge anhand einer klaren Quotenregelung (vgl. Rinne und Zimmermann, 2015) sowie in der Festlegung von international einheitlichen Mindeststandards zum Asyl bestehen.

Macht das hohe Flüchtlingsaufkommen ein Einwanderungsgesetz überflüssig?

Auch angesichts der aktuellen Flüchtlingsströme ist ein deutsches Einwanderungsgesetz mit einem transparenten Auswahlverfahren für qualifizierte Zuwanderer weiterhin notwendig. Ein solches Gesetz wäre ein äußerst wichtiges Signal nach innen und außen. Nach innen würde es der einheimischen Bevölkerung verdeutlichen, welche Kriterien für die Auswahl von Zuwanderern gelten und dass die Zulassung einer begrenzten Zahl entsprechender Kandidaten im Interesse des heimischen Arbeitsmarktes liegt. Nach außen würden Interessenten – und unter ihnen zweifellos auch zahlreiche potenzielle Flüchtlinge – die Möglichkeit erhalten, sich auf ein knappes Kontingent freier Plätze für geeignete Zuwanderer zu bewerben.

Die Autoren haben hierzu wiederholt konkrete Vorschläge vorgelegt, deren Aktualität sich angesichts der jüngsten „Flüchtlingskrise“ einmal mehr erweist (vgl. Hinte et al., 2011 und Hinte et al., 2015). Anders als häufig dargestellt, schafft erst ein Zuwanderungsgesetz mit klar definierten Auswahlkriterien und jährlichen Höchstquoten, das an die Stelle der bislang zu intransparenten oder gar gänzlich unbekanntem Einzelregelungen tritt, einen Rahmen, der auch für Flüchtlinge interessant und attraktiv ist.

Dabei wäre ein „Quereinstieg“ bzw. „Statuswechsel“ von Flüchtlingen in ein Zuwanderungsverfahren denkbar. Schon im Rahmen des hier empfohlenen Profiling von Flüchtlingen könnte dann geprüft werden, ob ein sinnvollerer Verfahrensweg im Einzelfall angeboten werden kann. Flüchtlinge, die ihre Qualifikation nachweisen können, aber ohne Aussicht auf Anerkennung im Asylverfahren sind, müssten nicht abgelehnt,

ausgewiesen und abgeschoben werden, sondern hätten eine Chance, sich im Wettbewerb mit anderen Interessenten für eine Zuwanderung im Rahmen des jeweils geltenden Kontingents zu qualifizieren.

Die Aussicht auf diese Möglichkeit würde im Vorfeld bereits viele Flüchtlinge, die nicht unmittelbar verfolgt sind, davon abhalten, sich auf den unsicheren Weg des Asylgesuchs einzulassen. Gleichzeitig würde Deutschland damit über ein Instrumentarium verfügen, um flexibel auf die sich immer schneller ändernden Arbeitsmarktkonstellationen zu reagieren. Angesichts der vielfältigen Versäumnisse und Irrtümer der Zuwanderungspolitik der letzten Jahrzehnte wäre es dabei naiv anzunehmen, es würden sich Zuwanderungsinteressenten in großer Zahl bewerben. Es wird Zeit brauchen, bis sich ein solches Verfahren im internationalen Wettbewerb um knapper werdende Fachkräfte erfolgreich bewähren kann – ein Grund mehr, verstärkt auch die Potenziale von Flüchtlingen zu erschließen statt sie wie bislang weitgehend zu ignorieren.

Fazit: Position der wirtschaftlichen Stärke nutzen

Deutschland hat mit der zwischenzeitlich bewusst großzügig gehandhabten Einreise von Flüchtlingen und den international stark beachteten Bildern rund um die mit viel Zuspruch und Unterstützung aus der Bevölkerung organisierte Flüchtlingsaufnahme vor Ort sein positives internationales Image weiter aufgewertet. Vor allem aber ist die positive Reaktion der deutschen Öffentlichkeit ein Fingerzeig für die Innenpolitik: Es gilt jetzt die günstige Konstellation wirtschaftlicher Stärke und öffentlicher Unterstützung für eine Reform der Flüchtlings- und Migrationspolitik zu nutzen. Eine solche Reform kann bei aller notwendigen Differenzierung zwischen Asylrecht und Zuwanderungsangebot dennoch auf eine stärker an den eigenen ökonomischen Interessen ausgerichtete Flüchtlingspolitik hinwirken.

Darunter ist keine neuerliche Modifizierung oder „Aushöhlung“ des Asylrechts zu verstehen. Im Gegenteil: Mit den hier vorgeschlagenen Korrekturen insbesondere an den Prüfverfahren für Flüchtlinge und deren Arbeitsmarktintegration würde das Asylrecht wieder primär den tatsächlich Verfolgten offenstehen. Flüchtlinge können – die entsprechenden rechtlichen Korrekturen vorausgesetzt – erfolgreicher in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden, als dies derzeit der Fall ist.

Frühestmöglich müssen deshalb neben den asylrelevanten auch arbeitsmarktrelevante Daten von den Flüchtlingen erhoben werden. Es wird in vielen Fällen zwar kaum möglich sein, Bildungs- und Ausbildungszertifikate unmittelbar zur Prüfung vorzulegen,

doch ein professionelles Profiling kann dennoch mehr Informationen liefern als sie bislang erfragt werden. Ziel solcher Datenerhebungen muss sein, diejenigen Flüchtlinge möglichst treffsicher zu identifizieren, die eine besonders günstige Prognose hinsichtlich ihrer Arbeitsmarktintegration mitbringen. Für diesen Personenkreis sollten die Anerkennungsverfahren zusätzlich beschleunigt oder aber – sofern ein Asylantrag aussichtslos erscheint – eine andere Zuwanderungsoption geprüft werden. Die Profiling-Kompetenzen der Bundesagentur für Arbeit können dazu beitragen, dass die behördlichen Entscheidungsgrundlagen qualitativ deutlich verbessert werden.

Auch das hohe Flüchtlingsaufkommen kann den einsetzenden, je nach Branche bereits deutlich spürbaren Fachkräftemangel nicht auffangen. Denn die Flüchtlinge erfüllen nur zufällig die Anforderungen an die gesuchten Fachkräfte. Umso mehr muss aber gelten, dass Deutschland sein Augenmerk verstärkt darauf richten sollte, auch innerhalb der Gruppe von Flüchtlingen sehr gezielt nach etwaigen Fachkräften zu suchen. Anders als das bislang eher geringe internationale Interesse an Zuwanderungsangeboten wie der Blue Card oder anderen Einreiseangeboten für Qualifizierte, bietet die große Zahl von Flüchtlingen auch eine Chance. Sollen Potenziale an dieser Stelle erschlossen werden, setzt dies neben einer besseren Datengrundlage auch gezielte Integrationsanstrengungen voraus. Die Unternehmen können durch die finanzielle und organisatorische Beteiligung an Sprachkursen und die Bereitstellung von „Schnupperbeschäftigungen“, Praktikums- und Ausbildungsplätzen für junge Flüchtlinge einen wertvollen Integrationsbeitrag leisten. Allerdings setzt dies voraus, dass von Seiten der Politik die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen und Barrieren beseitigt werden, die nach wie vor der Heranführung von Flüchtlingen an den Arbeitsmarkt im Weg stehen.

Darüber hinaus ist ein deutsches Einwanderungsgesetz überfällig. Es sorgt nach innen wie nach außen für mehr Klarheit und Berechenbarkeit. Flüchtlinge, die keine Aussicht auf eine Anerkennung im Rahmen eines Asylverfahrens haben, können im Falle ausreichender Qualifikation als Bewerber innerhalb eines Auswahlsystems für Zuwanderer in Frage kommen. Deutschland sollte davon Abstand nehmen, potenziell gut integrierbare, weil qualifizierte und motivierte Flüchtlinge außer Landes zu weisen, sondern ihnen eine Chance in einem regulären Zuwanderungsverfahren einräumen. Damit würde ein Einwanderungsgesetz den bestehenden Flüchtlingsdruck auf Deutschland lindern und dafür sorgen, dass sich qualifizierte potenzielle Flüchtlinge ohne akuten

Verfolgungsdruck ganz „offen“ um einen Platz im Rahmen eines jährlichen Zuwandererkontingents bewerben. Damit würde auch den kriminellen Schlepperorganisationen entgegengewirkt.

Darüber hinaus könnten Angebote zur zirkulären Migration befristete Einreisen zu Ausbildung und Beschäftigung regeln, die etwa im Rahmen bilateraler Abkommen insbesondere mit den Mittelmeeranrainern in Nordafrika vereinbart werden sollten.

Deutschland steht also vor einer erheblichen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe im Hinblick auf die erfolgreiche Integration von vielen Tausenden Flüchtlingen. Deshalb ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass die „Rechnung“ langfristig aufgeht. Zwar verursacht die Unterbringung der Flüchtlinge zunächst erhebliche Kosten, doch langfristig stehen dieser Investition deutlich positive fiskalische Effekte im Zuge einer erfolgreichen Integration einer durchschnittlich sehr jungen Bevölkerungsgruppe entgegen. Durch gezielte Politikmaßnahmen sollte Deutschland darauf hinwirken, dass der positive Saldo aus den Transfers an und Beiträgen von Zuwanderern sich weiter stabilisiert und noch vergrößert. Dazu ist ein migrationspolitisches Gesamtkonzept erforderlich, das gut qualifizierte Flüchtlinge rascher in Arbeit bringt, zugleich aber auch aktiv um qualifizierte Zuwanderer wirbt und auch so den Flüchtlingsdruck mindert.

Literatur

- Aydemir, Abdurrahman (2014): Skill-based immigration, economic integration, and economic performance. IZA World of Labor: 41. DOI: 10.15185/izawol.41. <http://wol.iza.org/articles/skill-based-immigration-economic-integration-and-economic-performance-1.pdf> (zuletzt aufgerufen am 15.9.2015).
- BAMF (2015a): Prognoseschreiben vom 20.08.2015. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/DasBAMF/2015-08-20-prognoseschreiben-asylantraege.pdf> (zuletzt aufgerufen am 11.9.2015).
- BAMF (2015b): Asylgeschäftsstatistik für den Monat Juli 2015. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201507-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf> (zuletzt aufgerufen am 11.9.2015).
- Bertelsmann Stiftung (2015): Die Arbeitsintegration von Flüchtlingen in Deutschland. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/28_Einwanderung_und_Vielfalt/Studie_IB_Die_Arbeitsintegration_von_Fluechtlingen_in_Deutschland_2015.pdf (zuletzt aufgerufen am 11.9.2015).
- Bonin, Holger (2014): Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/ZEW_BeitragZuwanderungStaatshaushalt2014.pdf (zuletzt aufgerufen am 15.9.2015).
- Bonin, Holger (2015): Langfristige fiskalische Erträge künftiger Zuwanderung nach Deutschland. Wirtschaftsdienst 95(4), S. 262-268. <http://link.springer.com/article/10.1007/s10273-015-1816-9> (zuletzt aufgerufen am 15.9.2015).
- Constant, Amelie F. (2014): Do migrants take the jobs of native workers? IZA World of Labor: 10. DOI: 10.15185/izawol.10. <http://wol.iza.org/articles/do-migrants-take-the-jobs-of-native-workers> (zuletzt aufgerufen am 15.9.2015).
- Constant, Amelie F. und Klaus F. Zimmermann (2005): Immigrant Performance and Selective Immigration Policy: A European Perspective. National Institute Economic Review, 194(1), S. 94-105.
- Cortes, Kalena (2004): Are Refugees Different from Economic Immigrants? Some Empirical Evidence on the Heterogeneity of Immigrant Groups in the United States. Review of Economics and Statistics 86, S. 465-480.
- Foged, Mette und Giovanni Peri (2015): Immigrants' Effect on Native Workers: New Analysis on Longitudinal Data. IZA Discussion Paper Nr. 8961. <http://ftp.iza.org/dp8961.pdf> (zuletzt aufgerufen am 15.9.2015).
- Hinte, Holger, Ulf Rinne und Klaus F. Zimmermann (2011): Ein Punktesystem zur bedarfsorientierten Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland. IZA Research Report Nr. 35. http://www.iza.org/en/webcontent/publications/reports/report_pdfs/report_pdfs/iza_report_35.pdf (zuletzt aufgerufen am 15.9.2015).
- Hinte, Holger, Ulf Rinne und Klaus F. Zimmermann (2015): Punkte machen?! Warum Deutschland ein aktives Auswahlssystem für ausländische Fachkräfte braucht. IZA Standpunkte Nr. 79. <http://ftp.iza.org/sp79.pdf> (zuletzt aufgerufen am 15.9.2015).

- IAB (2015): Asyl- und Flüchtlingsmigration in die EU und nach Deutschland. Aktuelle Berichte 8/2015. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). http://doku.iab.de/aktuell/2015/aktueller_bericht_1508.pdf (zuletzt aufgerufen am 14.9.2015).
- Lawaetz-Stiftung (2014): Zwischenauswertung der Qualifikationserhebung im Rahmen des ESF-Programmes "Bleiberecht II". http://www.xenos-de.de/xenos/SharedDocs/Publikationen/Bleiberecht/2014_09_08_qualifikationserhebung.pdf (zuletzt aufgerufen am 11.9.2015).
- Peri, Giovanni (2014): Do immigrant workers depress the wages of native workers? IZA World of Labor: 42. DOI: 10.15185/izawol.42. <http://wol.iza.org/articles/do-immigrant-workers-depress-the-wages-of-native-workers> (zuletzt aufgerufen am 15.9.2015).
- Plaza, Sonia (2013): Diaspora resources and policies. Erschienen in: Constant, Amelie F. und Klaus F. Zimmermann (Hrsg.): International Handbook on the Economics of Migration, Cheltenham, UK, and Northampton, USA: Edward Elgar Publishing, Kapitel 27, S. 505-529.
- Pro Asyl (2015): PRO ASYL veröffentlicht Zugangsstatistik für den August 2015. Presseerklärung vom 11.9.2015. http://www.proasyl.de/de/presse/detail/news/pro_asyl_veroeffentlicht_zugangsstatistik_fuer_den_august_2015/ (zuletzt aufgerufen am 11.9.2015).
- Rinne, Ulf, Simone Schüller und Klaus F. Zimmermann (2011): Ethnische Vielfalt und Arbeitsmarkterfolg. Journal for Labour Market Research 44(1/2), S. 81-89.
- Rinne, Ulf und Klaus F. Zimmermann (2015): Zutritt zur Festung Europa? Anforderungen an eine moderne Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wirtschaftsdienst 95(2), S. 114-120. <http://www.wirtschaftsdienst.eu/archiv/jahr/2015/2/zutritt-zur-festung-europa-anforderungen-an-eine-moderne-asyl-und-fluechtlingspolitik/> (zuletzt aufgerufen am 15.9.2015).
- Zimmermann, Klaus F. (2014): Migration, Jobs and Integration in Europe. Migration Policy Practice 6(4), S. 4-16. http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/MigrationPolicyPracticeJournal_Issue18_9Dec2014.pdf#page=4 (zuletzt aufgerufen am 14.9.2015).
- Zimmermann, Klaus F. (2015): Die digitale Ökonomie wird die normale Arbeit auflösen, in: The Huffington Post, 16. September 2015. http://www.huffingtonpost.de/klaus-zimmermann/flexible-arbeit-digitale-oekonomie_b_8122076.html (zuletzt aufgerufen am 16.9.2015).